

11. Januar 2007

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEKONFERENZ 11. JANUAR 2007 EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident und ich freuen uns, Sie zu unserer ersten Pressekonferenz im Jahr 2007 begrüßen zu dürfen. Ich wünsche Ihnen allen ein gutes neues Jahr. Zudem möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um Slowenien als dreizehntes Land, das den Euro eingeführt hat, willkommen zu heißen. Herr Gaspari, der Präsident der Banka Slovenije, wurde am 1. Januar 2007 Mitglied des EZB-Rats.

Ich möchte Sie nun über die Ergebnisse unserer Sitzung informieren, an der auch der Präsident der Eurogruppe, Premierminister Juncker, und Kommissar Almunia teilgenommen haben.

Auf der Grundlage unserer regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse haben wir auf der heutigen Sitzung beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen. Die seit unserer letzten Sitzung verfügbar gewordenen Informationen haben die Überlegungen, die unserem Zinserhöhungsbeschluss vom Dezember zugrunde lagen, weiter untermauert. Sie bestätigen zudem, dass alle Entwicklungen sehr genau verfolgt werden müssen, damit keine Risiken für die mittelfristige Preisstabilität eintreten. Hierdurch wird ermöglicht, dass die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit Preisstabilität im Einklang steht. Eine solche Verankerung ist eine Voraussetzung dafür, dass die Geldpolitik auch weiterhin ihren Beitrag zur Unterstützung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Euroraum leisten kann. Unsere Geldpolitik bleibt akkommodierend, wobei die Leitzinsen der EZB nach wie vor auf einem niedrigen Niveau liegen, das Geldmengen- und Kreditwachstum sehr kräftig bleibt

Europäische Zentralbank

Direktion Kommunikation, Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 69 1344 8304, Fax: +49 69 1344 7404

Internet: <http://www.ecb.int>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

und nach Maßgabe aller relevanten Messgrößen weiterhin reichlich Liquidität im Eurogebiet vorhanden ist. Daher ist in der Vorausschau entschlossenes und rechtzeitiges Handeln zur Gewährleistung von Preisstabilität auf mittlere Sicht geboten.

Was zunächst die wirtschaftliche Analyse betrifft, so ist festzustellen, dass die Wachstumsrate des realen BIP im Euroraum nach einer ausgesprochen kräftigen Zunahme im ersten Halbjahr im dritten Quartal 2006 gegenüber dem Vorquartal 0,5 % betrug. Die Inlandsnachfrage blieb die Hauptantriebskraft des Wirtschaftswachstums; dies bestätigt die Annahme, dass der Aufschwung an Breite gewinnt, und deutet darauf hin, dass sich die Wirtschaftsexpansion im Euroraum mehr und mehr selbst trägt. Die neuesten aus verschiedenen Stimmungsumfragen und indikatorbasierten Schätzungen stammenden Informationen zur konjunkturellen Entwicklung stützen die Einschätzung, dass das robuste Wirtschaftswachstum anhält und sich die Lage an den Arbeitsmärkten weiter verbessert. Während sich im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Veränderungen indirekter Steuern in einem großen Land des Euroraums zur Jahreswende hin gewisse Schwankungen der vierteljährlichen Wachstumsraten herausbilden könnten, stehen die vorliegenden Informationen nach wie vor im Einklang mit unserem Basisszenario.

Mit Blick auf die Zukunft bleiben die Aussichten für die Konjunktorentwicklung mittelfristig günstig. Für die Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet sind nach wie vor die Voraussetzungen für ein solides Wachstum mit in etwa dem Potenzialwachstum entsprechenden Raten gegeben. Der konjunkturelle Aufschwung ist im Hinblick auf das außenwirtschaftliche Umfeld inzwischen ausgewogener über die verschiedenen Regionen verteilt, wobei die USA eine leichte Konjunkturschwäche verzeichnen, während das Wachstum in anderen Regionen robust verläuft. Ingesamt wird weltweit mit einem weiterhin robusten Wirtschaftswachstum gerechnet, wodurch die Exporte des Euro-Währungsgebiets weiter gestützt werden dürften. Es wird erwartet, dass die Inlandsnachfrage im Eurogebiet ihre Dynamik beibehält. Die Investitionstätigkeit dürfte ebenfalls dynamisch bleiben und von einer längeren Phase sehr günstiger Finanzierungsbedingungen, Bilanzrestrukturierungen, der günstigen Ertragsituation aus der Vergangenheit, die sich auch weiter fortsetzt, sowie Effizienzsteigerungen auf Unternehmensebene profitieren. Vor dem Hintergrund sich weiter verbessernder Beschäftigungsbedingungen sollten sich im Zeitverlauf auch die Konsumausgaben im Einklang mit der Entwicklung des real verfügbaren Einkommens weiter verstärken.

Der EZB-Rat ist der Auffassung, dass diese insgesamt günstigen Aussichten für das Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren überwiegend Abwärtsrisiken ausgesetzt sind. Diese ergeben sich insbesondere aus Befürchtungen eines verstärkten protektionistischen Drucks, der Möglichkeit eines erneuten Ölpreisanstiegs und Bedenken hinsichtlich möglicher unkontrollierter Entwicklungen aufgrund weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so lag die am HVPI gemessene jährliche Teuerung der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Dezember bei 1,9 % und war damit gegenüber dem Vormonat unverändert. Wegen ihrer Volatilität in den vergangenen Monaten sowie aufgrund von Basiseffekten werden die Energiepreise zusammen mit den Auswirkungen höherer indirekter Steuern Anfang 2007 weiterhin eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Jahreswachstumsraten der HVPI-Inflation spielen. Längerfristig betrachtet werden sich die jährlichen Teuerungsraten den Projektionen zufolge in diesem und im kommenden Jahr um die 2 % bewegen.

Aus der Perspektive des EZB-Rats sind die Aussichten für die Preisentwicklung nach wie vor mit Aufwärtsrisiken behaftet. Sie ergeben sich insbesondere aus einem stärker als erwarteten Durchschlagen vergangener Ölpreiserhöhungen, einem Anstieg der administrierten Preise und indirekten Steuern, der über die bisher angekündigten Anhebungen hinausgeht, und aus der Möglichkeit erneuter Ölpreissteigerungen. Von grundsätzlicherer Bedeutung ist, dass angesichts der in den letzten Quartalen günstigen Dynamik des realen BIP-Wachstums und der positiven Entwicklung an den Arbeitsmärkten der Lohnanstieg stärker als gegenwärtig angenommen ausfallen könnte. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die Sozialpartner weiterhin ihrer Verantwortung gerecht werden. In diesem Zusammenhang sollten die Tarifvereinbarungen der Produktivitätsentwicklung Rechnung tragen und dabei die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit sowie die preisliche Wettbewerbsposition berücksichtigen. Wie bereits bei früheren Gelegenheiten erläutert, ist es darüber hinaus wichtig, dass bei den Tarifabschlüssen von automatischen vergangenheitsorientierten Indexierungsmechanismen abgerückt wird.

Was die monetäre Analyse anbelangt, so stieg das jährliche Wachstum von M3 im November auf 9,3 %. Es handelt sich dabei um die höchste Jahreswachstumsrate von M3 seit Einführung des Euro und das stärkste aggregierte Geldmengenwachstum in den Ländern des Euroraums seit 1990. Wenngleich die Bedeutung von Monatswerten nicht überschätzt werden sollte, da diese auch unter dem Einfluss zeitlich begrenzt auftretender Faktoren stehen können, unterstreicht das kräftige Geldmengenwachstum der letzten Monate die anhaltend sehr lebhaft Grunddynamik der weit gefassten Geldmenge des Euroraums. Die steigenden Kurzfristzinsen hatten zusammen mit den niedrigen Langfristzinsen nur begrenzt Auswirkungen auf die monetäre Entwicklung der letzten Monate. Dies schlug sich in erster Linie in Umschichtungen bei den Komponenten von M3 nieder und dämpfte nicht die Ausweitung von M3 insgesamt. Insbesondere die Jahreswachstumsrate von M1 hat sich während der letzten Monate etwas gemäßigt und spiegelt Umschichtungen von den täglich fälligen Einlagen zu anderen Komponenten von M3 wider, die stärker marktbestimmte Erträge bieten.

Alles in allem bleibt das Geldmengen- und Kreditwachstum hoch, worin sich das niedrige Zinsniveau und das Anziehen der Konjunktur im Euroraum widerspiegeln. So lag die Jahreswachstumsrate der Kreditvergabe an den privaten Sektor im November wie bereits im Vormonat bei 11,2 %. In Anbetracht steigender Zinsen lässt die Zunahme der Kreditaufnahme durch private Haushalte in den letzten Monaten Anzeichen einer Stabilisierung erkennen, allerdings bei sehr hoher Wachstumsraten. Hingegen ist beim Wachstum der Kreditaufnahme durch nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften ein anhaltender Aufwärtstrend zu verzeichnen. Somit bleibt das Kreditwachstum hoch und breit angelegt. Betrachtet man die Gegenposten von M3 in der MFI-Bilanz, ist die Ausweitung der Kreditvergabe daher nach wie vor die Haupttriebfeder des derzeit starken Geldmengenwachstums.

Aus einer mittel- bis längerfristigen Perspektive betrachtet stehen die jüngsten Entwicklungen im Einklang mit einer Fortsetzung des nachhaltigen Aufwärtstrends in der Grundtendenz der monetären Expansion. Nach mehreren Jahren robusten Geldmengenwachstums ist im Eurogebiet nach Maßgabe aller relevanten Messgrößen reichlich Liquidität vorhanden. Ein anhaltend kräftiges Geldmengen- und Kreditwachstum bei großzügiger Liquiditätsausstattung deutet auf Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht hin. Die monetäre Entwicklung muss daher - insbesondere vor dem Hintergrund der verbesserten wirtschaftlichen Bedingungen und der anhaltend kräftigen Dynamik an den Immobilienmärkten in vielen Teilen des Euroraums - weiterhin sehr sorgfältig beobachtet werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass für dieses und das kommende Jahr jährliche Inflationsraten um die 2 % projiziert werden, wobei diese Aussichten nach wie vor mit Aufwärtsrisiken behaftet sind. Vor dem Hintergrund des sehr starken Geldmengen- und Kreditwachstums bei bereits reichlicher Liquiditätsausstattung stützt die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse die Einschätzung, dass die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität mittel- bis längerfristig überwiegen. Deshalb kommt es darauf an, alle Entwicklungen sehr genau zu beobachten, um sicherzustellen, dass die Risiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht nicht zum Tragen kommen. Dadurch wird es möglich, dass die mittel- und längerfristigen Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet fest auf einem Niveau verankert bleiben, das im Einklang mit Preisstabilität steht. Daher ist in der Vorausschau entschlossenes und rechtzeitiges Handeln zur Gewährleistung von Preisstabilität auf mittlere Sicht geboten.

Was die Finanzpolitik betrifft, so haben beinahe alle Länder des Euro-Währungsgebiets ihre aktualisierten Stabilitätsprogramme vorgelegt. Zwar deuten die Programme im Allgemeinen darauf hin, dass die Regierungen ihre Bestrebungen in Richtung solider Haushaltspositionen fortzusetzen gedenken, doch gibt es auch Hinweise dafür, dass die Haushaltsziele nicht in jedem Fall eine ausreichende Konsolidierung implizieren; zudem sind konkrete und glaubwürdige

Maßnahmen noch nicht in allen Programmen spezifiziert. Diese Anzeichen geben Grund zur Besorgnis und bringen Risiken für die Zukunft mit sich. Angesichts der gegenwärtigen konjunkturell günstigen Zeiten ist von entscheidender Bedeutung, dass die Länder mit Haushaltsungleichgewichten solide Haushaltspositionen erreichen und eine prozyklische Lockerung der Finanzpolitik in allen Mitgliedstaaten vermieden wird. Darüber hinaus sollten die Länder die Qualität ihrer Steuer- und Ausgabenpolitik im Rahmen einer umfassenden mittelfristigen Strategie verbessern, um so das Vertrauen in ein wachstums- und beschäftigungsfreundliches, von Nachhaltigkeit geprägtes finanzpolitisches Klima zu stärken.

Was die Strukturreformen anbelangt, so ist den Euro-Ländern in den letzten Jahren zunehmend die Notwendigkeit bewusst geworden, dass sie sich den Herausforderungen des härteren weltweiten Wettbewerbs, der Bevölkerungsalterung und des rascheren technologischen Wandels stellen müssen. Einige haben darauf reagiert, indem sie Reformmaßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsstellen einleiteten. Aufgrund dieser Reformen wie auch infolge der Lohnzurückhaltung in manchen Ländern hat sich das Beschäftigungswachstum im Euro-Währungsgebiet in jüngster Zeit äußerst dynamisch entwickelt. So wurden in den acht Jahren seit Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion rund zwölf Millionen neue Arbeitsplätze im Euroraum geschaffen. Damit wurde ein besseres Ergebnis erzielt als in den acht Jahren vor 1999, als nur gut zwei Millionen neue Stellen in den heutigen Euro-Ländern entstanden waren. Der EZB-Rat stellt allerdings fest, dass nach wie vor große strukturelle Hemmnisse bestehen, die mitverantwortlich dafür sind, dass die Erwerbsbeteiligung im internationalen Vergleich weiter niedrig und die Arbeitslosenquoten weiterhin unannehmbar hoch sind. Da andere Länder der Welt die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Märkte ebenfalls erhöhen, muss jedes Land im Euro-Währungsgebiet die durch nationale Regelungen entstandenen Marktverwerfungen verringern, und im gesamten Euroraum müssen die noch bestehenden Hindernisse für das Zusammenwachsen der Märkte abgebaut werden. Dazu gehört die Durchführung umfassender Reformen, die für eine verstärkte Integration der Märkte, das Aufbrechen von Verkrustungen am Arbeitsmarkt und eine erhöhte Lohnflexibilität notwendig sind, damit das Wirtschaftswachstum und der Stellenaufbau weiterhin gestützt werden.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten

Europäische Zentralbank

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (69) 1344 7455, Fax: +49 (69) 1344 7404

Internet: <http://www.ecb.int>

Nachdruck nur mit Quellenangabe